



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

"WIE WOLLEN WÄHLER WOHNEN?" – WOHNUNGSWIRTSCHAFT STELLT ZUM AUFTAKT DES GDW-VERBANDSTAGES KAMPAGNE ZUR RETTUNG STARKER STÄDTE VOR

08.11.2011 Fachinformation

"Die deutschen Städte stehen vor dem schleichenden Verfall, wenn der Bundestag die geplanten drastischen Einschnitte bei den Mitteln für die Wohnungspolitik im Bundeshaushalt 2012 nicht umgehend verhindert. Ohne eine starke Städtebauförderung drohen intakte Stadtzentren zu Geisterstädten und lebenswerte Gebäude zu Ruinen zu werden", sagte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen heute zum Auftakt des GdW-Verbandstages bei einer Pressekonferenz in Berlin. "Wie wollen Wähler wohnen?" ist die zentrale Frage, die sich die deutschen Volksvertreter bei ihren abschließenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2012 in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses am 10. November 2011 stellen müssen. In einer großen Anzeigen-, Postkarten- und Plakataktion macht die deutsche Wohnungswirtschaft – bestehend aus GdW, BFW Bundesverband freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen sowie dem Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer Haus & Grund Deutschland – den drohenden Verfall von Gebäuden schon jetzt sichtbar. Breite Unterstützung erhält die Initiative vom Deutschen Städtetag, IVD Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen, vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung und dem Deutschen Mieterbund. Städtebau und energetische Sanierung bestimmende Themen beim Verbandstag 2011. Zum Auftakt seines Verbandstages 2011, der unter dem Motto "Zukunft denken – Neues wagen – Bewährtes sichern" am 9. und 10. November in Berlin stattfindet, präsentierte GdW-Präsident Axel Gedaschko die aktuellen politischen Positionen des GdW. "Heruntergekommene Häuser, Fußgängerzonen und Bahnhofsvorplätze – dieses Bild muss den Menschen erspart bleiben und die Städte als intakte Zentren des gesellschaftlichen Lebens erhalten werden", legte Axel Gedaschko die Positionen des GdW zur Zukunft der Städte dar. "Die geplante Kürzung der Städtebauförderung von 455 Mio. Euro im Jahr 2011 auf nur noch 410 Mio. Euro für 2012, die Förderung der energetischen Gebäudesanierung mit lediglich 1,5 Mrd. Euro und die komplette Streichung des KfW-Programms "Altersgerecht Umbauen" werden am Wohnungsmarkt nicht spurlos vorbeigehen. Diese Entwicklung treibt mich als Wohnungswirtschaftler, aber auch als Städtebewohner die Sorgenfalten auf die Stirn", so Gedaschko. "Derzeit noch ungewiss ist das Schicksal der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten bei der energetischen Gebäudesanierung. Die Länder dürfen nicht länger auf dem Rücken der Mieter und Vermieter pokern und das Gesetz schlichtweg blockieren", erklärte der GdW-Präsident. "Für Verbesserungen im Infrastrukturbereich stellt die Bundesregierung im kommenden Jahr 1 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung. Davon muss auch der Gesamtkomplex Stadtentwicklungspolitik profitieren, dessen Mittel in der Vergangenheit lediglich gekürzt wurden." Städteentwicklung stärken – Städtebauförderung verstetigen. Die Bundesregierung zeigt mit den derzeit geplanten unverhältnismäßigen Kürzung der Städtebauförderung erneut, dass im politischen Raum kein Konsens mehr über die gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung starker Städte besteht. Der Bund muss zu einer Stadtentwicklungspolitik zurückkehren, die mit hoher Kontinuität über viele Jahrzehnte und im Konsens aller im Bundestag vertretenen Parteien Deutschlands Städte zu attraktiven und leistungsfähigen Zentren des gesellschaftlichen Lebens gemacht hat. "Wir brauchen eine starke Städtebauförderung. Sie ist essenziell für die Bewältigung des demografischen und wirtschaftlichen Wandels", so Gedaschko. Zudem sei die Städtebauförderung keine Subvention, sondern die finanzielle

Beteiligung des Staates bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben – nämlich der Entwicklung der Städte. Sie habe immense investive Effekte und damit volkswirtschaftlichen Nutzen. Die Städtebauförderung stärke Gewerbetreibende und Hauseigentümer in den geförderten Quartieren und komme damit vor allem dem Mittelstand zugute. Der GdW sieht die Bundesregierung gefordert, die Städtebauförderung mindestens auf das Vorjahresniveau anzuheben und dieses Niveau auch für die folgenden Jahre festzuschreiben. "Die Städtebauförderung darf auf keinen Fall zum Auslaufmodell werden", erklärte GdW-Präsident Axel Gedaschko. "Seit 40 Jahren übernimmt die Politik mit der Städtebauförderung eine große Verantwortung für die Entwicklung der Städte. Aus dieser Verantwortung darf sich der Bund nicht stehlen."Energiewende vorantreiben – Gebäudesanierung angemessen fördern"Ambitionierte Klimaschutzziele brauchen ambitionierte und verlässliche Förderung", forderte der GdW-Präsident. "Zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung ist mittelfristig eine staatliche Förderung in Höhe von 5 Mrd. Euro jährlich erforderlich. Nur so kann ein ausreichender Fördereffekt für höhere Standards erzielt und in diesem Bereich die Sanierungshäufigkeit gesteigert werden", unterstrich Gedaschko die Position des GdW. Er forderte darüber hinaus, die bereits strengen Vorgaben im Energiekonzept durch den europarechtlichen Rahmen für die Energieeffizienz nicht noch zu verschärfen. Neben der vorgesehenen Aufstockung des CO2-Gebäudesanierungsprogramms der KfW sind steuerliche Förderungen ein probates Mittel, um Anreize für Investitionen in den Gebäudebestand zu geben. Die Bundesregierung muss daher nun die letzte Möglichkeit ergreifen, das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden im Vermittlungsausschuss zu retten. "Bund und Länder müssen sich nun einigen, um die Rahmenbedingungen für die Erreichung der Klimaschutzziele der Regierung zu verbessern", erklärte Axel Gedaschko. "Dabei muss den Ländern vor allem verdeutlicht werden, dass sie durch die Förderung keine Mindereinnahmen zu befürchten haben." Gutachten zufolge würde eine steuerliche Förderung zu geringeren Steuerausfällen führen als von den Ländern befürchtet. Impulse für die lokale Bauwirtschaft könnten dagegen für zusätzliche Beschäftigung sorgen.Demografischen Wandel bewältigen – Altersgerechten Umbau weiterführenLaut einer Studie des Kuratoriums Deutsche Altershilfe werden auf dem deutschen Wohnungsmarkt kurzfristig 2,5 Millionen altersgerecht umgebaute Wohnungen fehlen. Bis 2020 wird diese Zahl sogar auf etwa drei Millionen steigen. Im Bundeshaushalt für 2012 sind nach dem Auslaufen des Konjunkturprogramms II jedoch gar keine Mittel mehr für den altengerechten Umbau von Wohnungen vorgesehen. "Angesichts der großen Aufgabe, den Wohnungsbestand an die künftigen Herausforderungen des demografischen Wandels anzupassen, ist dies nicht angemessen", warnte Gedaschko. "Die Bundesregierung ist gefordert, das KfW-Programm 'Altersgerecht umbauen' auf hohem Niveau langfristig fortzuführen. Auch eine Kombination mit den energetischen Programmen der KfW wäre extrem sinnvoll", so der GdW-Präsident."Jenseits aller Sonntagsreden muss jetzt die Einsicht bei allen Entscheidern in der Bundesregierung und im Parlament für das notwendige Zusammenspiel von Energiewende, Klimaschutz und Stadtumbau einkehren", so Gedaschko zum Abschluss.Die Pressemappe mit der Pressemitteilung und dem Kampagnenmotiv steht für Sie auf www.gdw.de zum Download bereit.

<https://bbu.de/beitraege/wie-wollen-waehler-wohnen-wohnungswirtschaft-stellt-zum-auftakt-des-gdw-verbandstages-kampagne-zur-rettung-starker-staedte-vor>